

Eröffnungsstatement Heinz Eggert, Staatsminister a.D.

Kommunal-Konferenz am 27. Februar 2024, Flughafen Dresden
„Die kommunale Familie steht zusammen – mit Sicherheit!“

– Es gilt das gesprochene Wort –

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

Auch ich begrüße Sie zu dieser Kommunal-Konferenz mit dem verheißungsvollen Titel „Die kommunale Familie steht zusammen – mit Sicherheit!“.

Sie alle wissen, Familien erfüllen die wohl wichtigsten Funktionen in unserem Leben. Sie sind der Ort des Austauschs, der Geborgenheit und des beständigen voneinander Lernens. Natürlich wird in Familien auch herzlich gestritten, gibt es Zerwürfnisse, redet man unter Umständen auch nicht mehr miteinander.

Aber Familien haben eine ganz besondere Eigenschaft. Bei Bedrohungen rücken sie zusammen. Egal wie groß der Streit vorher war. Und noch eine ganz besondere Stärke haben Familien, sie rechnen nichts gegeneinander auf. Sie wissen, der Familie kann es nur gut gehen, wenn es allen gut geht.

Behalten sie diese Stärken bei allen Gesprächen heute immer im Hinterkopf, weil es um Sicherheit geht. Sie sind nicht allein und sie dürfen auch niemanden allein lassen.

Denn es gibt Kräfte, die darauf warten und darauf hoffen, dass sie entmutigt werden und diesen Fehler machen.

Als wir 1989 in der DDR auf die Straße gingen - nicht alle, aber viele - waren wir uns darüber einig, was wir nicht wollten. Das Ziel war die Abschaffung dieser menschenverachtenden Strukturen innerhalb der DDR.

Aber was dagesetzen? Demokratie?

Ja klar, da hatten wir unsere Vorstellungen. Wer hat die nicht?

Aber – und das wird bei vielen Diskussionen heute vergessen – wir hatten seit 1933 in diesem Teil Deutschlands auch keine Erfahrungen damit.

Erst hatten die Faschisten, dann die Kommunisten jede demokratische Erfahrung unmöglich gemacht.

Jetzt - 35 Jahre später - wissen wir mehr über Demokratie, über ihre Chancen, aber auch ihre Gefährdungen. Wir wissen mehr über ihre Verletzlichkeit und darüber, dass ihrem Gegner jedes Mittel recht ist.

Die vielen Demonstrationen von tausenden Menschen aus der Mitte der Gesellschaft in den letzten Wochen als klares Bekenntnis für Demokratie, Freiheit und gegen autoritäre, extremistische Strömungen sind ein Beleg dafür, dass die Menschen diese Bedrohung spüren und ihr offen entgegentreten. Das ist ein Zeichen, das Mut macht.

Die schweigende Mehrheit schweigt nicht mehr, weil sie weiß:

Auch wenn es ein Glück ist, in einem Land mit einer freiheitlich-demokratischen Ordnung geboren zu sein, ist es für dieses Land kein Glück, wenn alle Bürger und Bürgerinnen darin eine Selbstverständlichkeit sehen.

Demokratie versteht sich nicht von selbst. Zivilcourage und Rückgrat sind unentbehrlich. Damals wie heute.

Deshalb gilt für 1989 und auch heute: Geschichte ereignet sich auch in dem winzigen historischen Augenblick, wenn sich der Einzelne von seiner Sofaecke erhebt, den Fernseher ausschaltet und sich auf den Weg zu irgendeiner Kirche, einer Zusammenkunft oder später einer Demonstration macht. Diese Erfahrung ist nicht vergessen worden. Und dabei ging es nie darum, einen Totalitätsanspruch auf die eigene Meinung zu bekommen.

Etwas, das all jene vergessen haben, die behaupten „dafür bin ich 89 nicht auf die Straße gegangen“.

Alle Parteien sind übrigens gut beraten, die jetzigen Demonstrationen nicht für sich zu vereinnahmen. Es geht um keine Parteiprogramme, sondern um den Erhalt der Demokratie als gesellschaftliche Lebensform, des Miteinanders und nicht des Gegeneinanders, auch als Garant für die innere und äußere Sicherheit. Für eine friedliche Gesellschaft.

Wir sind alle sehr sensibel, wenn es uns betrifft. Nur zu einer Demokratie gehört, das gleiche Maß an Sensibilität auch anderen zuzubilligen und zu begreifen, dass die Königsdisziplin in der Demokratie KOMPROMISS heißt.

Auf der anderen Seite hat Demokratie aber viel mit Offenheit und Durchschaubarkeit zu tun.

Wenn politische Prozesse und Entscheidungen nicht mehr verstanden werden, wenn sie mehr Zukunftsangst als Zukunftssicherheit vermitteln und die realen Ängste des Bürgers von den politischen Entscheidungsträgern nicht mehr aufgespürt oder ernst genommen werden, dann wanken die demokratischen Fundamente.

Wenn die Bevölkerung den Eindruck hat, politische Themen werden ausschließlich von einer Minderheit gesetzt, die an ihrer Lebenswirklichkeit vorbeigehen, dann darf man sich nicht wundern, dass Unsicherheit um sich greift und bei den Bürgern das Gefühl aufkommt, man nimmt sie nicht mehr ernst.

Die Parteien sollten ihre Ideologen in den Parteizentralen lassen und sie nicht in den Ministerien Gesetze ausarbeiten lassen, in der der Sach- und Fachverstand dann völlig entkernt wird.

Momentan zieht sich eine große Verunsicherung durch die gesamte politische Landschaft, deren Verursacher auch Politiker in Regierungsverantwortung selber sind.

Die großen „Baustellen“ sind bekannt.

Und meine Damen und Herren – der Eindruck genügt. Viele vergessen das. Politik und Entscheidungen müssen im Vorfeld erklärt werden – im Nachhinein sind die Chancen vertan.

Gern wird auf den verschiedenen Ebenen der Gesetzgebung vergessen, dass die Gesetze letztlich vor Ort in den Gemeinden umgesetzt werden müssen.

Beispiele gibt es genug. Ob der Umgang mit dem Wolf, die Umsetzung der Flüchtlingspolitik oder auch die Auswirkungen der Sozial- oder Energiepolitik.

In den Kommunen steht man am Ende vor Ort im Feuer. Oftmals zwischen Baum und Borke.

Jeder, der die Kommunen bei diesen Aufgaben im Stich lässt, muss benannt werden und dafür auch die Verantwortung übernehmen.

Denn Kommunalpolitik ist die direkteste und härteste Form der politischen Beteiligung.

Sie findet nämlich so gar nicht anonym statt, sondern ganz direkt im Heimatort, bei den Menschen, mit denen man zusammenwohnt, wo man bekannt ist, die man ständig trifft.

So mancher von Euch, hat bestimmt schon die Erfahrung gemacht, das Existenzängste und

zu große Verunsicherung ansteckend sein können. Demotivierend!

Deshalb ist man in solchen Zeiten in einer funktionierenden Familie besser aufgehoben, als als Einzelkämpfer. Die sind nur noch siegreich im Film.

Darüber solltet ihr auch hier offen sprechen.

Ihr habt euch irgendwann einmal entschlossen Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung im Gemeinwesen, ganz gleich an welcher Stelle, schließt die Garantie für Sicherheit mit ein.

Sicherheit gehört nun einmal zu den Grundbedürfnissen des Menschen.

Wir haben in den letzten Jahren hautnah gelernt, Sicherheitsempfinden hängt nicht allein von den vorhandenen Gefahrenquellen oder Bedrohungen ab, sondern auch vom subjektiven Empfinden, die Angst, dass die eigenen Rechtsgüter beeinträchtigt werden können.

Es hat nicht nur den Anschein, als lebten wir nicht von der Wirklichkeit, sondern von deren Interpretation.

Und genau dieses subjektive Empfinden ist der Spielball für die destruktive und aggressive Art der Demokratiefeinde, „Schwurbler“, „Esoteriker“, „Verschwörungstheoretiker“ und die Vertreter extremistischer Parteien.

Da ergibt sich Gesprächsstoff ohne Ende.

Aber nicht übersehen werden darf dabei: Wer in der demokratischen Gesellschaft für die Sicherheit aller mit verantwortlich ist, der muss sich selber sicher fühlen.

Im Mai 1990 bin ich zum Landrat gewählt worden.

Damals galten noch alle DDR-Gesetze, für die Sicherheit war, die Deutsche Volkspolizei zuständig, ohne sie wirklich garantieren zu können und in der Justiz arbeiteten noch die alten SED-Richter oder aber auch nicht. Jedenfalls wurden sie noch bezahlt.

Landrat in Wild-Ost.

An einem Abend im Juni 1990 erzählte unser jüngster Sohn (8 Jahre alt, wir haben 4 Kinder), an unserer Einfahrt hätte ein Barkas (ähnlich einem VW Bus) gehalten, die Schiebetür wäre aufgegangen und ein freundlicher bärtiger Mann hätte ihn gefragt, ob er Lust hätte mitzufahren. Er müsse nur einsteigen. Er hätte abgelehnt, weil er nicht in unbekannte Autos einsteigt.

Der „freundliche Mann“ hätte dann noch einen Gruß an seinen Vater bestellt.

Mein Sohn sollte mir ausrichten, dass die Staatssicherheit nicht kaputt sei, sondern noch weiter existiere und aktiv sei, weil sie lebt.

Ich glaube, jeder kann sich vorstellen, wie meiner Frau und mir zumute war.

Ich konnte das nur mit Freunden besprechen. An Sicherheitsinstitutionen wenden ging nicht. An wen auch?

Uns war aber klar, dass wir uns weder von Erpressung noch von Drohungen in unserem Handeln beeinflussen lassen würden.

Ich habe das noch nie öffentlich erzählt. Warum jetzt?

Weil es mir damals völlig an der Fantasie mangelte, mir vorzustellen, dass 35 Jahre später in einer sich weiter entwickelnden Demokratie Drohungen und Beschimpfungen, zerstochene Reifen oder Fackelaufmärsche vor Privathäusern von politischen Entscheidungsträgern oder gewählten Vertretern des Volkes möglich sein würde, um diese einzuschüchtern

oder zur Aufgabe ihres Mandats zu drängen.
Was macht das bitte mit ihnen, mit ihren Kindern und Familien?

Erst recht fehlte mir die Fantasie, mir vorzustellen, dass der Rechtsstaat nicht alles unternehmen würde, um diesen Personenkreis wirkungsvoll zu schützen.

Ich will es deutlich sagen:
Es reicht nicht aus, das bei solchen Ereignissen immer nur das große folgenlose Entsetzen in politischen Reden oder in Leitartikel geäußert wird.

Eine wehrhafte Demokratie hat darauf juristisch zu reagieren. Gesetze müssen der Realität angepasst werden.

Wenn jemand zu solchen Bedrohungsszenarien aufruft, muss sicherheitspolitisch sofort reagiert werden und die Strafe auf dem Fuß folgen.

Das sind Gründe genug, für unseren Innenminister und unsere Justizministerin, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen.

Wer in der demokratischen Gesellschaft für die Sicherheit aller mit verantwortlich ist, der muss sich selber sicher fühlen.

Auch darüber solltet ihr sprechen.

Und zum Schluss ein wenig Philosophie, denn wir Deutschen sind ja das Volk der Dichter und der Denker. Deshalb wissen wir auch alle, dass wir dieses Jahr 300 Jahre Immanuel Kant feiern.

Seine Philosophie gilt bis heute als schwer zu durchschauendes Gedankengebäude, von dem Kenner einmal behauptet haben, Kant ohne philosophische Schulung lesen zu wollen, sei, wie den Mount Everest barfuß besteigen oder den Atlantik mit der Kraft der eigenen Arme durchschwimmen zu wollen.

Aber keine Angst, denn er hat vor 300 Jahren schon die richtigen Fragen gestellt.

Was kann ich wissen? Was kann ich tun?

Richtige Fragen sind ja immer hilfreicher als falsche Antworten. Besonders in Zeiten, in denen viele eine Meinung aber keine Ahnung haben.

Also jetzt nur zum „Andenken“.

Was kann ich wissen zu unserem Thema?

Wir wissen: Der demographische Wandel sorgt für Rückzug der Verwaltung aus ländlichen Räumen. Dieses wird von Demokratiefeinden genutzt, um Räume zu gewinnen, in denen der demokratische Staat delegitimiert werden kann.

Wir wissen: Verfassungsfeinde haben Zeit und ihre Strategien sind auf lange Zeiträume angelegt, z.B. die systematische Überforderung der Verwaltung wird genutzt, um rechtsfreie Räume zu schaffen. Darin sind Reichsbürger besonders geübt.

Wir wissen: Hinter der Taktik der Bedrohung und Einschüchterung steht die Absicht, den Staat und seine Ordnung zurückzudrängen und seine Vertreter zu demotivieren.

Wir wissen: Früher saßen die Verschwörungstheoretiker und Schwurbler unbeachtet in den Kneipen oder vorm Fernseher.

Heute leiten sie Chatgruppen, die ihnen die Möglichkeit bieten, ad hoc robuste Proteste zu mobilisieren, alle Freiheiten des Demonstrationsrechts auszunutzen, die unsäglichsten Falschmeldungen zu verbreiten, immer mit der mitleiderheischenden Floskel verbunden,

dass man ja heute nicht mehr alles sagen dürfe. So verleiht man sich selbst den Verfolgtenstatus des aufrechten Kämpfers.

Wir wissen, diese Aktionen werden oft mit Falschmeldungen und Verleumdungen vorbereitet (die Hemmschwelle Dritter zu rechtswidrigen Handlungen wird dadurch gesenkt). Hier muss früh und schnell eingeschritten werden. Der Rechtsstaat muss regieren. Es darf keine Toleranz für Intolerante geben.

"Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!" mahnt Kant

Zusammen wissen wir noch viel mehr und deshalb müssen wir alle unser Wissen zusammentragen, austauschen und miteinander vernetzen, weil das auch uns mehr Sicherheit garantiert.

Das führt zu der Beantwortung der Frage **Was soll ich tun?**

Wir müssen den Bürger mit seinen Sorgen und Ängsten ernst nehmen, aber wir dürfen ihm nicht nach dem Mund reden. Anbiedern zahlt sich nie aus.

In unserer kommunalen Familie müssen wir aufeinander achten und jeder muss bereit sein, mit jedem reden, sein Wissen und seine Erfahrungen einzubringen. Es kann doch nicht sein, dass der Schutz durch die Familie nur bei der Mafia funktioniert.

Jede nicht funktionierende Schnittstelle zwischen den handelnden Ebenen bietet eine Angriffsfläche. Kompetenzstreitigkeiten und Verantwortungsdiffusionen binden unnötig Kräfte und lösen keine Probleme. Im Zweifel muss immer der handeln, der am nächsten dran ist.

Grundlage der Mobilisierung gegen die Demokratie ist das Narrativ von „wir hier unten und die da oben“. Wir sollten jede Möglichkeit nutzen, um diese Argumentation zu durchbrechen und wir sollten uns auch, unabhängig von unseren Positionen, nicht so geben. Wer sich selbst als der ganz unten betrachtet, macht sich kleiner, als er ist und verspielt Einfluss und Stärke.

Ihr steht gleichberechtigt miteinander in dieser kommunalen Familie, in der Verantwortung füreinander und für den Bürger.

Also noch einmal Kant: „Was du nicht willst, dass man dir tut - das füg' auch keinem andren zu.“

Das waren nur ein paar Aspekte des Nachdenkens.

Ich wünsche eine gute Tagung!

Danke fürs Zuhören.